

Der Halle vierteljährlich 2.50 M., bei
vierteljährlicher Zustellung 2.75 M., durch
die Post 3.25 M., einschließlich Zustellungs-
gebühren. Bestellungen werden von allen
Buchhandlungen angenommen.
Im antiken Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unregelmäßig eingehende Bestellungen
wird keine Gewähr übernommen.
Abdruck nur mit Genehmigung der
„Saale-Z.“ gestattet.

Verleger: Dr. Otto von Guericke, Nr. 2535, in
Halle a. S., Postfach 100; Druckerei: Dr. 170;
Verlagsstellen: Markt 31, Nr. 2265.

Saale-Zeitung.

Neununddreißigster Jahrgang.

wedern die Spottzeile oder deren
Namen mit 50 Pf., falls ein Spott-
20 Pf., bezogen auf die Größe der
Zeile, von unseren Annoncenstellen
und allen Annoncen-Expeditoren an-
genommen. Anzeigen die Seite 75 Pf.

Erscheint wöchentlich fünfmal,
Sonntags und Feiertagen ausnahms-
weise zweimal täglich.

Schreibleitung und Druck: G. G. G.
Halle: G. G. G. Bauhausstraße 17;
Verlagsstellen: Markt 24.

Nr. 76.

Halle a. d. Saale, Dienstag, den 14. Februar

1905.

Tatistik oder Prinzip?

Seit Jahr und Tag begegnet man in der freisinnigen
Bewegung, sobald wieder einmal Differenzen über die
Art und Weise ihrer politischen Betätigung ausgebrochen
sind, der eigenartigen Ansicht, daß es sich nur um tattische
Mittelentscheidungen handle. Im Prinzip sei man
vollständig einig. Damit hat man dann sein Gemüt
beruhigt, bis zur nächsten Kontroverse. Man ist andauernd
im Prinzip einig und gibt dabei der Welt das Bild einer
heiligen Zerplitterung, die nachgerade chronisch geworden
ist, und die wegen der selten so ernsthaften Einigkeit
änderungen nur um so dringlicher wirkt.

In der freisinnigen Bewegung hat seit dem Tode
Müllers der linke radikale Flügel sich zu einem kleinen
Zusammen ausgewandert, der durch aberhand Schach- und
Winkeltzüge in der Hauptfrage erfolgreich dahin strebt, den
Einfluß der Gesamtpartei auf seine radikale politische
Richtung zu festlegen. Das war bei den Verhandlungen
über den Zolltarif der Fall, das wiederholte sich bei der
Eingabe der Nationalisten, das letzte bei der
Proklamation der Wahlparole zu den preussischen Land-
tags- und Reichstagswahlen wieder, und derselben Methode
begreift man jetzt bei der Stellungnahme gegenüber
den Handelsverträgen. Der Fraktionspolitiker soll, so
will es der radikale Flügel, tattisch gebunden werden,
wenn es dem gilt, daß die Politik der freisinnigen
Bewegung derjenigen der Sozialdemokratie parallel geht,
jedoch die sozialdemokratische Stellungnahme gewissermaßen
durch einen Teil des Bürgertums unterstützt und
gedeckt erscheint. Diese uns keineswegs einmündig er-
scheinende Politik wird aber inanguriert unter dem Schlag-
wort der „wahrhaft“ Liberalen, oder wie es geschmacklos
heißt, aller „aufrichtig“ Liberalen, aller „wirklich“ Liberalen,
als wenn alle übrigen Liberalen anderer Fraktionen nicht
liberal wären. Stets spricht der kleine linke Flügel der
freisinnigen Bewegung im Namen des „Gesamtliberalis-
mus“, der „großen“ zu bildenden, alle liberalen Partei-
richtungen umfassenden liberalen Partei, und stets geht
damit eine Taktik hand in Hand, welche die Bildung einer
großen liberalen Partei durch die ausgesprochen ultralibera-
le Stellungnahme zu den aktuellen Tagesfragen unmöglich
macht. Dabei richtet diese Gruppe gegen alle übrigen Libe-
ralen den Vorwurf, daß sie einen Keil in den Gesamt-
liberalismus hineinstecken, während sie selbst ein Zusammen-
gehen der Liberalen aller Fraktionen unmöglich macht,
nur zu dem Zweck, das liberale Bürgertum immer mehr zu
zerlegen, gegen das liberale Bürgertum immer mehr zu
selben zu ziehen. Die Mäßigkeit auf die Sozialdemokratie ist
also in erster Linie maßgebend für diesen radikalen Flügel
der freisinnigen Bewegung, nicht aber die Mäßigkeit auf
den Liberalismus, nicht die rein sachlichen und objektiven
Erwägungen. Das ist in der Generalversammlung offen
ausgesprochen worden mit den Worten einiger Redner:
„Was werden die Sozialdemokraten dazu sagen, wenn
wir für die Handelsverträge eintreten?“ Es ist ein
Irrtum, wenn die parteiispezifischen Darlegungen es so
darstellen, als ob diese Verwundung großer liberaler
Kreise durch eine einzelne scharf präparierte Gruppe, die
mit der Sozialdemokratie liebäugelt, nicht als lästiger
Dorn empfunden wird. In den Kreisen des Landes, die
Empathie für die freisinnige Bewegung befehlen, ist
kein freundschaftlicher Erbarmen davon, daß sich die Partei, ohne
schäblicher Widerspruch zu zeigen, so gedulbig in das an-
gesprochen extreme Jahnwahrer stürzen und drängen läßt,
zumal auch deshalb nicht, weil ganz offenbar in dem
politischen Parteileben durch das Brücken der freisinnigen
Bewegung an die Seite der Sozialdemokratie eine Lücke
gefallen wird. Das ehemals unter Müllers existierende
Band zwischen dem linken Flügel der Nationalliberalen
Bürgerschaft und dem freisinnigen geht damit verloren,
und es gäbe fast dort, wo früher lebhaftes Züngeln ob-
waltete, ein schlaffes Wip, der nur dadurch noch zum Teil ver-
dehlt wird, daß eine Reihe von Abgeordneten der frei-
sinnigen Bewegung, wie Brömel, Wömmen und Bachmide,
sich bisher von dem tattischen Sonderbarkeiten des radika-
len Flügels meist ferngehalten haben.

Ganz zweifellos kommt in der Taktik des früheren Ab-
geordneten Barth und seiner Gesolgleute ein politisches
Prinzip zum Ausdruck, eine politische Maxime, die von dem
größten Teil der freisinnigen Wählererschaft, freilich auch von
dem aller Wählerpartei der freisinnigen Bewegung in den
Drittelstädten, in Bremen, Kiel, Rostock, Stettin, Danzig,
Rostock und Posen nicht gebilligt wird. Ein bedingungs-
loses Anknüpfen der sozialdemokratischen Politik wird in dem
selben liberalen Bürgertum im Verhältnis finden. Diefem
Bekanntem gibt auch das „Berliner Tageblatt“ und der
„Vorles-Courier“ offenen Ausdruck, die schon seit einiger
Zeit recht deutlich bestritten sind, den Nachweis zu führen,
daß es für den Liberalismus besser ist, wenn er sich von
dem Voranschreiten radikalen Flügels emancipiert, als
wenn er sich weiter gedulbig darauf berufen läßt, die-
selben Pläne auszuführen, wie man sie aus dem sozial-
demokratischen Propaganda vernimmt. Der Ruf nach
einer unabhängigen liberalen Politik wird in den Reihen
der freisinnigen Bewegung schwerlich mehr vernehmen.
Trotz der Benennung in der offiziellen Organen
der freisinnigen Bewegung nicht gelingen, die Zustimmung,
die im Lande immer mehr angewandten ist, zum Schwächen
zu bringen. Der Parteitarif der freisinnigen Bewegung
hat die unzulässige Situation, in der sich die Partei
befindet, nicht verändert; er hat nur wieder einmal deutlich
gezeigt, daß diese Situation eine unmögliche ist.

Deutsches Reich.

Ver- und Personalnachrichten.

Der Kaiser nahm gestern abend an einem Diner beim
Minister Wundt teil, wozu geladen waren der Reichsfürst,
der Ministerpräsident und Graf, eine Reihe höherer Ministerial-
räte, Geheimrat von Bülow, mehrere Reichsräte u. a. Nach-
dem Diner ließ der Ministerpräsident Graf Wundt einen
von Lichtbildern begleiteten Vortrag über die Aufgaben der
Reichsverwaltung des preussischen Staates, wozu eine Reihe
weiterer Einladungen ergangen war. Der Vortragende gab eine
allgemeine Übersicht über die Tätigkeit der staatlichen Hochschu-
lverwaltung auf den Gebieten der Recht, Verwaltung, Kunst und
Wissenschaft, der Medizin und des Strafvollzugs, des Inter-
nations und der Kolonialpolitik, der Post, des öffentlichen Verkehrs,
des öffentlichen Verkehrs. Nach dem Vortrage verweilte der
Kaiser noch einige Zeit im Kreise der Geladenen.

Graf Bülow ist vom Fürsten von Bulgarien das Groß-
kreuz des Alexanderordens mit Brillanten erhalten.

Parlamentarisches.

Das neue preussische Domänenverwaltungsge-
setz, das seit dem Landtag eingeleitet ist, wird über sich von dem
früheren Entwurf nur dadurch, daß die im Saale an das
hergeleitete Haus zur Vertretung des Hofhaushalts zu gewöhnliche
Jahresleistung von 96,000 M. nicht mehr, wie in der
früheren Fassung festgelegt, in barem Gelde zu entrichten sein
soll; diese Jahresleistung soll vielmehr zu einem Teil durch
Lieferung von entsprechenden Grundbesitz an den Hof, zum
anderen Teile durch Kompensation in Form einer Forderung des
Staates an das hergeleitete Domänenverwaltungsamt ausgedrückt
werden. Die Finanzkommission des Landtages beantragt ein-
stimmig, dem neuen Domänenverwaltungsge-
setz die Zustimmung zu erteilen.
Der Landtag tritt heute zur Beratung darüber zusammen.

Zur Reform des preussischen Verfassungs-
gesetzbuchs hat der Bund der Deutschen Arbeitervereine eine Petition an das
Reichstagsparlament gerichtet, in der Wundt, der die gesamte
Neuordnung des Verfassungs- eine Bestimmung aufnehmen,
wonach verlassene Wahrungsberechtigungen, die innerhalb einer be-
stimmten Frist nicht durch Aufnahme der Forderung ausgenutzt
werden, an den Staat zurückfallen.

Der Regierungsrat hat heute für die Bundtagssitzung
am 14. die an Stelle des von dem niederelegierten Wundts
erfolgen muß, die Wahlämterverordnungen auf den 14. und die Ver-
ordnungsmass auf den 24. März fest.

Politisches.

Zum Vortag der freisinnigen Bewegung
schreibt das „Berl. Tagebl.“, in der Frage der Verbindung der
Nationalisten handle es sich nicht um tattische, sondern
prinzipielle Entscheidungen. Unter der Nationalisten liegt
auf dem Boden der Nationalisten eine Revolution eingebrochen
worden, die die Abgeordneten der freisinnigen Bewegung auf-
fordert, die neuen Handelsverträge nicht abzulehnen. Da-
gegen erklären sich die beiden Abgeordneten Dove und
Wömmen entschieden. Ihre Stellungnahme fand nach dem
„Berl. Tagebl.“, „namentlich bei den Vertretern der So-
zialdemokratie“ in der W. W. W. W., der auf
den Vortag in dieser Frage das Wort nicht ergreifen darf,
schreibt im „Berl. Vorkurier“ folgendes:

„Man kann wohl die Verträge ablehnen, man kann ihnen
die schlimmsten Schicksale befehlen und löst damit
nicht die Aufgabe, die sie auch wiederholt vor-
gebrachte Bestimmungen enthalten und insbesondere eine Sicher-
ung der Handelsbeziehungen für zwölf Jahre mit sich bringen.
Auch der weitere Inhalt der Verträge, die die Nationalisten
diplomatisch durchzuführen, daß, wenn die Ver-
träge ablehnen, statt der Sicherung die Unsicherheit, hat
des hohen Zollniveaus ein noch höheres einzuführen. Die Annahme,
die bestehenden Verträge würden einfach weiterlaufen, zeigt
von einer ganz unzulässigen und gerade bei der äußersten
Sorgen umgewandten Verantwortlichkeit, die sowohl gegenüber der
Nationalisten als gegenüber der freisinnigen Bewegung, die die
Erhaltung der europäischen Handelsvertragspolitik bedeuten eine
Umkehr auf dem seit zehn Jahren bestrittenen Weg, die einen
Veränderung nach links, einen Schrittweises zugunsten des
Liberalismus? Wer wagt im Grunde solche Hoffnungen zu begrün-
den? Auf welche Einrichtungen oder Handlungen der Regierung
kann man sich verlassen? Tatsächlich werden die Konsequenzen
einer Ablehnung solche sein, über die das Nationalisten, nicht
aber der Liberalismus frohlocken konnte. Für alle Folgen
seiner Ablehnung übernimmt aber, wie schon bemerkt, der
einzelne Abgeordnete eine Verantwortung. Eben deshalb
sind gerade diejenigen freisinnigen, welche den Kreisen der
Nationalisten und des Reichstages nahelegen, und über
eine hervorragende Sachkenntnis verfügen, zur Ablehnung der
Verträge geneigt. Sie bekennen sich damit selbstverständlich
nicht zum System des Hochzollniveaus, sie leben es vielmehr
nur ab, eine Schuld an der Verwirklichung der handels-
politischen Situation auf sich zu nehmen.“

Das offizielle Parteiprogramm, die „liberale Fortschrittspartei“, wird
dem „Berl. Tagebl.“ einen großen Ansehensverlust
durch die in der Angelegenheit der Nationalisten, wenn es sich
nicht um die Frage der Nationalisten, sondern um die Nationalisten
vertrags-Resolution spreche. Die Unterzeichner der Resolution
sind alle Mitglieder des Wählervereins der Liberalen. Das sind
sie zwar, aber sie gehören sämtlich zu dem radikalen Wähler-
flügel, der beabsichtigt die nationalisierende Verwirklichung
inszeniert hat.

Die freisinnige Wählerpartei und die frei-
sinnige Bewegung haben eine gemeinsame Resolution zur
Nationalisten, die die Nationalisten, die Nationalisten
„Der Reichstag sollte beschließen, den Herrn Reichsfürst zu
einigen, darin zu wirken, daß der Reichstag baldig eine
Novelle zum Vereinsgesetz vom 1. Juli 1889 vor-
legt, in welcher namentlich folgende Punkte zum Ausdruck
gebracht werden: 1. Auflösung der Selbstverwaltung für Ver-
träge, die in ihrer Art die Nationalisten, die Nationalisten
über Anwendung des Vereinsgesetzes durch eine richterliche
Rechtszentralstelle nach Anhörung von Sachverständigen,
2. bindende Kraft am 1. Juli 1889 über Verträge,
3. bindende Kraft am 1. Juli 1889 über Verträge,
4. Wahrung der Nationalisten, die Nationalisten
und der Selbstverwaltung für Verträge und Verwirklichung
der Waren, die sich in den von der Selbstverwaltung gestellten,

für die nationalisierende Verwirklichung und die nationalisierende Ver-
wirklichung bestimmten Waren befinden, 5. einseitige Re-
aktion des Verordnungsverfahrens, 6. Änderung der
Strafbestimmungen nach Maßgabe der allgemeinen Rechts-
bestimmungen, namentlich Beteiligung der Nationalisten als
Defendanten im Straf.

Ein Handelsvertrag mit England liegt noch in
weiterem Grade. Die „Saale-Zeitung“ hat dem Reichstag
entgegen, daß sich die englische Regierung neuerdings bereit
erklärt habe, wegen des deutsch-englischen Handelsvertrages in
Verhandlungen zu treten. In den Verhandlungen, die in eng-
lischer Sprache ein Hindernis für den Eintritt in internationale
Verhandlungen über Handelsverträge bilden, hat sich nicht
geändert, da der englische Reichstag in England selbst noch
keine hinreichende Klärung gefunden haben.

Die Verwirklichung des Bundes der Handwerker
mit der sogenannten Mittel- und West-Verwirklichung ist am
Sonntag in Berlin in einer Generalversammlung des Bundes
der Handwerker beschlossen worden, weil beide dieselben Ziele
verfolgten.

Beer und Fische.

Die neuesten und größten Linsenfische „Beuren“ und
„Fische“ wurden in Dienstag gefischt, wobei die erste Duffing
von 13,000 Lo. Bannern festgeliefert ist.

Parteitag der freisinnigen Bewegung.

[Nachdr. verb.] Hg. Berlin, 12. Febr.

Es folgte eine sehr lebhaft diskutierte Diskussion über die Frage:

Annahme oder Ablehnung der Handelsverträge?

Dr. G. G. G. (Hamburg) ist entschieden für Annahme der Handels-
verträge. Man solle sich hüten, eine Politik der Verweigerung zu
treiben, so daß ein Teil unterer Klassen Anhänger die Folgen
an eigenen Leiden spüren muß. Die Zollverträge sind von
großem Nutzen, aber das kleinere Übel gegenüber der Ablehnung
der Handelsverträge (Cholera). Niemand wird glauben,
daß wir durch die Ablehnung der Handelsverträge gehalten werden (Auf-
hebung der Verträge). Man darf keinen Fehler machen, die Verträge
nicht abzulehnen! Es wäre nachher von einer Politik, die
sagt: es muß erst alles verunglückt werden (Cholera, Verengung
Verfall).

Dr. Theodor Wundt (Berlin): Es ist richtig, daß man sich
in einer so wichtigen Frage nationaler Politik nicht von dem kleinen
Kreis der Reichstagsmitglieder der Verweigerung lassen darf, noch
weniger aber von feindlichen Opportunisten und Nationalisten-
süchtigen (Stimm. Verfall), die den Handelsvertrag trägt nur den
Namen eines solchen, in Wirklichkeit ist es aber die Möglich-
keit zurückzuführen autonome Zolltarif 1902. Wollen Sie sich
durch den Namen nicht irre führen lassen? In Wirklichkeit
haben wir nichts weiter als die Gelegenheit der Nationalisten der
fortgesetzten Nationalisten des Bundes der Handwerker vor uns. Bei
Ablehnung der Handelsverträge bleibt zunächst der alte Vertrag
in Kraft und ich kann nicht glauben, daß ein Bundesrat so
gewissenlos sein sollte, dem autonomen Zolltarif von
1902 die Zustimmung zu geben. Glauben Sie, daß man uns
hinter die Fingernägel werden lassen sollte? Ich würde kommen
können? Man wird sagen: Sie sind nicht der erste, der einen Fehler
geschieht, sondern von der Seite der Nationalisten ein Ge-
fahr (Stimm. Verfall), das ist ein Vorwurf, den sich eine politi-
sche Partei, die seit 25 Jahren vorwärts für den Freihandels-
gedanken gekämpft hat, nicht ansehen sollte. Wenn wir nicht
in der Lage sind, den Glauben gewinnen, daß man sich im Nicht-
sicheren der Nationalisten der Nationalisten und Nationalisten-
süchtigen nicht verlassen kann, dann haben wir für alle Zukunft
verloren (Stimm. Verfall). Mit der Forderung des Reichstags
sicht die Nationalisten nicht zum Zufall! Wir würden es
bedauern, wenn hinter dieser Mehrheit ein kleines
Kontingent anderer Verträge nachgehen würde (Stimm. anhaltender
Verfall).

Reichstagsabg. Reichstagsabg. Wömmen (Berlin): Sie werden
maßgebend zu dem kleinen Kreise gehören, das trotz aller
schweren Bedenken mit der Nationalisten-Mehrheit wird stimmen
müssen. (Stimm. hört Verfall) Möglichkeit, weil sich heute
noch nicht überlegen läßt, ob die Gesamtheit der Nationalisten
noch glauben wird, daß die Nationalistenverträge so leicht sind, daß
sie abzulehnen werden müssen. Das hört er für möglich, aber
nicht für wahrscheinlich. Andererseits aber würde das, was nach
der Ablehnung käme, noch viel schlimmer sein. (Stimm.) Glauben
Sie denn nicht, daß die Nationalistenverträge den Bundesrat
zwingen würde, dem Zolltarif auszuweichen? Was dann? (Stimm.)
Schlechteres gewiß nicht! Nicht! (Stimm.) Sie
sich doch ein mal die Sache über! Wollen Sie durch
eine Resolution nicht Zwiespalt in unsere Reihe, die unsere
Nationalisten für eine liberale Wirtschaftspolitik hemmen würde.
(Verfall und bestiger Widerspruch.)

Landtagsabg. Dr. G. G. G. (Berlin): Durch ihre Stellungnahme
zum Vergleichen hat die freisinnige Bewegung sich
zum Nationalisten in weiteren Kreisen der Nationalisten und des
Nationalisten erworben. Diese Empfindungen helfen wir in
Verfall zu verlieren. (Stimm. Wundt) Der kleine Mann im Lande
wird Ihre Argumente von dem kleineren Übel nicht verlieren.
Aber das ist ein Wort, das nicht, das bestreitet er. (Stimm. Verfall).
Man wird uns im Lande entgegenhalten: Euch wählen
wir nicht wieder, ihr seid uns zu unwar. (Stimm. gut
Stimm. Verfall.)

Der führende Abg. Reichstagsabg. Wömmen wünscht, daß man
den Abgeordneten freie Hand lassen und von einer Verwirklichung
über eine vorgelegene Resolution gegen die Handelsverträge
abstehe.
Abg. Dr. G. G. G. (Berlin): Mit jeder Stimme von links
erklären wir uns gegen die Nationalisten Stimmen von rechts,
ich protestiere der Nationalisten zu enthalten. Morgen im
Gefühl wird werden wir dieselbe Minderheitsverpflichtung wahrnehmen,
wie die Herren Dorte und G. G. G. die große Ent-
scheidung, aber nur die genügende Zahl abstimmen, damit die Ver-
träge angewandt werden, sie selbst aber lagen können: wir
haben nicht die Verträge, eine große Anzahl von Nationalisten ge-
schieht, die Nationalisten, die Nationalisten, die Nationalisten
bewegen können, so würde der ganze anaristische Ober ge-
zungen sein, selbst die Verantwortung zu tragen. (Stimm.
Wundt) Wir haben keinen Anlaß, den Nationalisten
Ihre Nationalisten zu erklären und sie uns zu
erschweren. Von jetzt ab muß unsere Nationalisten dazu
arbeiten, einen Gesamtentscheidungs herbeizuführen. (Stimm.)

Verordnet, den neuen Verfassungen nicht die Geltendmachung abgelehnt zu sein. Ein Ober ist unabhängig, die Antinomienverträge zu trennen. Ueber die Frage der Verantwortlichkeit sind verschiedene Meinungen im Reichsrat, die sich hauptsächlich auf die Verantwortlichkeit der Minister beziehen. Ob die Minister sich auf Verlangen, auf Entlassung oder auf Beibehaltung stellen, läßt sich nicht sagen.

Herr Dr. von Jozzowitsch (Polen) behauptet sich über Änderungen der politischen Verfassungen. Solche Veränderungen erfolgen oft gegen den Willen der Gemeinden. Bedauerlich seien die Auswirkungen dieser Verfassungen auf die Provinz Polen; selbst Polen, die in Preußen geboren seien, würden mit ihren Vätern unzufrieden sein. Weiter äußert Herr Dr. Jozzowitsch die unzufriedenheit der polnischen Bevölkerung über die Verhältnisse der Provinz Polen. Er äußert sich über die Verantwortlichkeit der Minister. Er äußert sich über die Verantwortlichkeit der Minister.

Herr Dr. Jozzowitsch (Polen) behauptet sich über Änderungen der politischen Verfassungen. Solche Veränderungen erfolgen oft gegen den Willen der Gemeinden. Bedauerlich seien die Auswirkungen dieser Verfassungen auf die Provinz Polen; selbst Polen, die in Preußen geboren seien, würden mit ihren Vätern unzufrieden sein. Weiter äußert Herr Dr. Jozzowitsch die unzufriedenheit der polnischen Bevölkerung über die Verhältnisse der Provinz Polen. Er äußert sich über die Verantwortlichkeit der Minister. Er äußert sich über die Verantwortlichkeit der Minister.

Herr Dr. Jozzowitsch (Polen) behauptet sich über Änderungen der politischen Verfassungen. Solche Veränderungen erfolgen oft gegen den Willen der Gemeinden. Bedauerlich seien die Auswirkungen dieser Verfassungen auf die Provinz Polen; selbst Polen, die in Preußen geboren seien, würden mit ihren Vätern unzufrieden sein. Weiter äußert Herr Dr. Jozzowitsch die unzufriedenheit der polnischen Bevölkerung über die Verhältnisse der Provinz Polen. Er äußert sich über die Verantwortlichkeit der Minister. Er äußert sich über die Verantwortlichkeit der Minister.

Herr Dr. Jozzowitsch (Polen) behauptet sich über Änderungen der politischen Verfassungen. Solche Veränderungen erfolgen oft gegen den Willen der Gemeinden. Bedauerlich seien die Auswirkungen dieser Verfassungen auf die Provinz Polen; selbst Polen, die in Preußen geboren seien, würden mit ihren Vätern unzufrieden sein. Weiter äußert Herr Dr. Jozzowitsch die unzufriedenheit der polnischen Bevölkerung über die Verhältnisse der Provinz Polen. Er äußert sich über die Verantwortlichkeit der Minister. Er äußert sich über die Verantwortlichkeit der Minister.

Herr Dr. Jozzowitsch (Polen) behauptet sich über Änderungen der politischen Verfassungen. Solche Veränderungen erfolgen oft gegen den Willen der Gemeinden. Bedauerlich seien die Auswirkungen dieser Verfassungen auf die Provinz Polen; selbst Polen, die in Preußen geboren seien, würden mit ihren Vätern unzufrieden sein. Weiter äußert Herr Dr. Jozzowitsch die unzufriedenheit der polnischen Bevölkerung über die Verhältnisse der Provinz Polen. Er äußert sich über die Verantwortlichkeit der Minister. Er äußert sich über die Verantwortlichkeit der Minister.

Herr Dr. Jozzowitsch (Polen) behauptet sich über Änderungen der politischen Verfassungen. Solche Veränderungen erfolgen oft gegen den Willen der Gemeinden. Bedauerlich seien die Auswirkungen dieser Verfassungen auf die Provinz Polen; selbst Polen, die in Preußen geboren seien, würden mit ihren Vätern unzufrieden sein. Weiter äußert Herr Dr. Jozzowitsch die unzufriedenheit der polnischen Bevölkerung über die Verhältnisse der Provinz Polen. Er äußert sich über die Verantwortlichkeit der Minister. Er äußert sich über die Verantwortlichkeit der Minister.

Herr Dr. Jozzowitsch (Polen) behauptet sich über Änderungen der politischen Verfassungen. Solche Veränderungen erfolgen oft gegen den Willen der Gemeinden. Bedauerlich seien die Auswirkungen dieser Verfassungen auf die Provinz Polen; selbst Polen, die in Preußen geboren seien, würden mit ihren Vätern unzufrieden sein. Weiter äußert Herr Dr. Jozzowitsch die unzufriedenheit der polnischen Bevölkerung über die Verhältnisse der Provinz Polen. Er äußert sich über die Verantwortlichkeit der Minister. Er äußert sich über die Verantwortlichkeit der Minister.

Herr Dr. Jozzowitsch (Polen) behauptet sich über Änderungen der politischen Verfassungen. Solche Veränderungen erfolgen oft gegen den Willen der Gemeinden. Bedauerlich seien die Auswirkungen dieser Verfassungen auf die Provinz Polen; selbst Polen, die in Preußen geboren seien, würden mit ihren Vätern unzufrieden sein. Weiter äußert Herr Dr. Jozzowitsch die unzufriedenheit der polnischen Bevölkerung über die Verhältnisse der Provinz Polen. Er äußert sich über die Verantwortlichkeit der Minister. Er äußert sich über die Verantwortlichkeit der Minister.

Herr Dr. Jozzowitsch (Polen) behauptet sich über Änderungen der politischen Verfassungen. Solche Veränderungen erfolgen oft gegen den Willen der Gemeinden. Bedauerlich seien die Auswirkungen dieser Verfassungen auf die Provinz Polen; selbst Polen, die in Preußen geboren seien, würden mit ihren Vätern unzufrieden sein. Weiter äußert Herr Dr. Jozzowitsch die unzufriedenheit der polnischen Bevölkerung über die Verhältnisse der Provinz Polen. Er äußert sich über die Verantwortlichkeit der Minister. Er äußert sich über die Verantwortlichkeit der Minister.

Minister Herr v. Hammerstein: Die Frage einer anderen Verfassung ist nicht die Frage der nächsten Zeit zu sein. Ich will daher heute nicht weiter darauf eingehen. Mit dem, was der Abg. Herr v. Jozzowitsch darüber gesagt hat, kann ich mich nur einverstanden erklären. Dagegen muß ich der Auffassung widerstreben, als ob lediglich die Zahl der Abgeordneten maßgebend sein dürfe für die Zahl der Abgeordneten. Wenn der Abg. Jozzowitsch sagt, die Regierung ließe unter den Parteien, so erwidere ich, eine solche Bemerkung liegt unter jeder Art. (Beifall rechts.)

Abg. Jozzowitsch (Polen) fragt über Ausweisungen aus Nord-Schlesien. Die Verwaltungsbehörden verfahren den Opfern gegenüber nicht gleichmäßig. Nieher führt politische Einzelfälle an.

Minister v. Hammerstein: Es ist mir nicht möglich, über jeden einzelnen Fall Auskunft zu geben, wenn ich nicht vorher davon benachrichtigt bin. Von einigen Fällen kann ich aber auch heute schon sagen, daß sie im großen und leeren Verhältnissen sind. (Beifall.) Der Abgeordnete Jozzowitsch sollte auf seine Freunde in Nord-Schlesien einwirken, daß sie den politischen Widerstand aufgeben. (Beifall links und rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (Holl.) stellt sich in Bezug auf die Bürgermeisterversammlung in der Mehrzahl auf den Standpunkt der Abg. Dr. Witt und Jozzowitsch und vertritt sich über die Notwendigkeit einer Wahlreform im Sinne des liberalen Kompromissantrags der Reichsversammlung. Er äußert sich über die Notwendigkeit einer Wahlreform im Sinne des liberalen Kompromissantrags der Reichsversammlung. Er äußert sich über die Notwendigkeit einer Wahlreform im Sinne des liberalen Kompromissantrags der Reichsversammlung.

Abg. Dr. Friedberg (Holl.) stellt sich in Bezug auf die Bürgermeisterversammlung in der Mehrzahl auf den Standpunkt der Abg. Dr. Witt und Jozzowitsch und vertritt sich über die Notwendigkeit einer Wahlreform im Sinne des liberalen Kompromissantrags der Reichsversammlung. Er äußert sich über die Notwendigkeit einer Wahlreform im Sinne des liberalen Kompromissantrags der Reichsversammlung.

Minister Herr v. Hammerstein bemerkt, die Polizei wolle alles tun, um den Verkehr so sicher wie möglich zu gestalten; das Publikum möge sich dafür unterhalten. Die Berichterstattung wird auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. (Schluß 4 1/2 Uhr.)

Ausland.

Die Kräfte in Ungarn.

Was das Programm Andrassys, des neuen vorzugsweise radikalen Elementes in Ungarn, betrifft, so ist es in seinen Grundzügen bereits festgelegt. Die Unabhängigkeitspartei wurde demnach auf die Bewältigung ihrer radikalen Forderungen, Wiederherstellung der Zustände von 1848 und reine Verfassungsmäßigkeit mit Ausschließung der Delegierten und der gemeinsamen Ministerien, Ausschließung des Herrschers und der Diplomatie usw. beschränkt. Sie ist mit solchen nationalen Forderungen beauftragt, die sich mit dem Auslande vereinbaren lassen. Zu diesen gehört vor allem die Einführung des selbstständigen Volksgesetzes nach einer entsprechenden Verfassungsreform, die ausschließliche Verwendung magyarischer Sprache in ungarischen Staatsakten, die Einführung der ungarischen Sprache in ungarischen Verträgen und die Einführung der ungarischen Sprache in ungarischen Verträgen und die Einführung der ungarischen Sprache in ungarischen Verträgen.

Bergarbeiterbewegung in Böhmen.

In Bräu, Tschadow und Falkenau werden Bergarbeitervereine gegründet. Die Arbeitervereine werden gegründet. Die Arbeitervereine werden gegründet. Die Arbeitervereine werden gegründet.

Die Seivart der Prinzessin Clementine.

Der XX. Senat behauptet bestimmt zu wissen, daß eine sehr hohe Persönlichkeit auf eine Anfrage vom Präsidenten von Belgien und Belgien die folgende Antwort erhalten habe: Die Seivart der Prinzessin Clementine von Belgien ist ein sehr interessantes und wichtiges Thema. Die Seivart der Prinzessin Clementine von Belgien ist ein sehr interessantes und wichtiges Thema.

Die Arbeitslosen in England.

Sonntag fand in Trafalgar Square in London ein großes Meeting der Arbeitslosen statt. Es wurde beschlossen, eine Abordnung zu ernennen, welche bei Beginn der nächsten Parlamentsession vor dem Unterhause die Notwendigkeit darzulegen solle, ein Gesetz zu erlassen, das Beschäftigung durch Vergütung von Arbeitern zu betriebe.

Finanzielle Finanzkonvention.

Ant. Kaiserlich Russen werden außer 12 Millionen Proz. Kreditrenten, welche am 1. Februar 2. Mill. betragen, weitere 38 Millionen Rubel Kreditrenten, die eine andere gleichwertigen Serien eingeleitet und dagegen gleichzeitig zwei Serien zu je 25 Millionen Rubel zu 3,6 Proz. bezinsliche Schemen mit vierjähriger Laufzeit auszugeben.

Die Unruhen in Russland.

Einem Petersburger Korrespondenten erklärte Witte, er werde sich in nächster Zeit von politischen Leben völlig zurückziehen; daß dies nicht früher geschehe, hatte gute Gründe, weil ihm der Zar für das Interesse Russlands wichtige Aufgaben anvertraut hatte. Witte betonte, daß er für den Frieden sei, aber nicht um jeden Preis. Wären die Unruhen in Russland nicht, so würde die Verwaltung eine Ruhe beschuldigen. Witte betonte, daß er für den Frieden sei, aber nicht um jeden Preis. Wären die Unruhen in Russland nicht, so würde die Verwaltung eine Ruhe beschuldigen.

Die Moskauer Zemstvo.

In Moskau wurde gestern die Moskauer Zemstvo-Tagung eröffnet. Sie nahm eine Resolution an, welche betonte, daß es ihr unter den gegenwärtigen Umständen unmöglich sei, zu arbeiten.

Geistliche und Minister.

Die orthodoxen Geistlichen von Petersburg haben, wie der Petersburger Korrespondent berichtet, die Moskauer Zemstvo-Tagung nicht begrüßt. Sie haben eine Resolution angenommen, die die Geistlichen von Petersburg nicht begrüßt. Sie haben eine Resolution angenommen, die die Geistlichen von Petersburg nicht begrüßt.

Ein Reformvorschlag.

Die Geschichte von der Einberufung einer Reichsversammlung ist seit Jahren ein Thema, das die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zieht. Die Geschichte von der Einberufung einer Reichsversammlung ist seit Jahren ein Thema, das die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zieht. Die Geschichte von der Einberufung einer Reichsversammlung ist seit Jahren ein Thema, das die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zieht.

Urgen des Parismus.

Sonntag fand im 'Troadero' in Paris unter Vorsitz des Pariser Komitees eine Versammlung statt, an welcher 6000 Personen teilnahmen. Die Geschichte von der Einberufung einer Reichsversammlung ist seit Jahren ein Thema, das die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zieht. Die Geschichte von der Einberufung einer Reichsversammlung ist seit Jahren ein Thema, das die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zieht.

Bulgarien.

Die Session der Sotrasna ist gestern geschlossen worden. Der Ministerpräsident kündigte die Einberufung einer außerordentlichen Session an, welche vermutlich Anfang des Monats Juli stattfindet.

Serbien.

Die Vorgänge in Serbien werden in Wiener diplomatischen Kreisen nach dem W. N. N. für sehr ernst gehalten. Die Situation ist auf das äußerste gespannt und könnte leicht zu schweren Katastrophen führen. Die Vorgänge in Serbien werden in Wiener diplomatischen Kreisen nach dem W. N. N. für sehr ernst gehalten.

Zürcher.

Anlässlich des Abschlusses der Gelblichlieferung für die türkische Militärflotte der deutschen Industrie und des damit zusammenhängenden finanziellen Aufwandes fand ein wackerer Kampf zwischen der Zürcher Industrie und dem Sultan statt.

Verteilung Stanten von Amerika.

Präsident Roosevelt wird die Schiedsverträge in der Form, wie sie von dem Senat abgelehnt worden sind, den Ländern, mit denen verhandelt wurde, nicht überreichen lassen. Die Schiedsverträge werden nicht überreichen lassen. Die Schiedsverträge werden nicht überreichen lassen.

Wetter-Aussichten.

auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte. (Wetterausichten.) 15. Februar: Windig, heiter, gelinde, angenehm. 16. Februar: Heiter, bei Wolken, milde. 17. Februar: Windig mit Sonnenschein, gelinde, später bedeckt. 18. Februar: Bedeckt, Niederschläge, lebhaft, milde.

Barometrische Stationen zu Paris

	13. Febr.	14. Febr.
Barometer (Millimeter)	769	764,5
Thermometer (Celsius)	-6,8	-10,3
Wind	91	9
	231	231

Wachstum der Temperatur am 13. Februar -15 C
Wachstum in der Nacht vom 13. zum 14. Februar +11,9 C
Wachstum am 14. Februar 7 Uhr morgens +11,9 C

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wilmann; für den literarischen Teil: Dr. Fritz Wilmann; für den literarischen Teil: Dr. Fritz Wilmann; für den literarischen Teil: Dr. Fritz Wilmann.

SCHERING'S PEPER-LESSENZ

Beste Wein nach Rezeptur vom Hof- und Hof-Professor Dr. O. Schering, Berlin. Schering's Peper-Lessenzenz ist ein ausgezeichnetes Getränk, das die Gesundheit fördert und den Appetit regt. Es ist ein ausgezeichnetes Getränk, das die Gesundheit fördert und den Appetit regt.

